

On-line sources

DESCUBES, Irena: *Recenze publikace Tomáše Sedláčka Ekonomie dobra a zla*, <http://www.ekonomikaamanagement.cz/cz/clanek-recenze-publikace-tomase-sedlacka-ekonomie-dobra-a-zla.html>, 18.11.2012.

POLÍVKA, Martin: *Malthus Thomas Robert*, http://www.fek.zcu.cz/kalendarium/EKONOM/Malthus_t_r.pdf, 17.11.2012.

TURNER, Graham: *A Comparison of the Limits to Growth with Thirty Years of Reality*, <http://www.csiro.au/files/files/plje.pdf>, 18.11.2012.

Martin Jeřábek

Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg als Antidemokrat und Kämpfer für die österreichische Unabhängigkeit gegen den Nationalsozialismus

Abstract

The article addresses two basic interpretations of Ernst Rüdiger Starhemberg, who was the leader of the Austrian Heimwehr movement and member of the cabinets of Engelbert Dollfuss and Kurt von Schuschnigg. There is no controversy concerning Starhembergs primary political stance as antidemocratic. His Heimwehr with a radical anti-Marxist position and bearing all the signs of a fascist movement had been steadily pushing for a change of the political system. And the authoritarian course of the Dollfuss' government that Heimwehr helped establish culminated in a civil war. The second thesis, Starhemberg as a fighter against the Nazis, is more problematic. In spite of a partly common ideological means, mainly the anti-Marxism and anti-Liberalism, Starhemberg clearly advocated the idea of an independent "Austrianism" as a "better" and untarnished Germanic identity. Starhembergs Heimwehr decisively helped the Austrian government to successfully withstand the onslaught from Austrian Nazis and the pressure coming from the Third Reich in the critical time between spring 1933 and summer 1934.

Key words: Austria, Politics, Ideology, Dollfuss, Nationalism

1. Einleitung

Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg (geb. 1899–gest. 1956) war österreichischer Soldat, Politiker und Heimwehrführer. Er nahm am ersten Weltkrieg in der k. und k. Armee teil.

In der kurzen Nachkriegsperiode um 1920–1923 war er bei den deutschen Freikorps engagiert (kämpfte 1921 in der Annabergschlacht in Schlesien) und erlebte eine Annäherung zu dem frühen Nationalsozialismus (Britz 1993, 22). Den Höhepunkt seiner politischen Karriere erreichte er in den Jahren 1932–34 als Koalitionspartner (die Heimwehr als Verbündeter der autoritären Regierung) und Mitglied in den Regierungen Engelbert Dollfuß und Kurt von Schuschnigg (1934–36). Die Person Starhembergs zeigt uns einerseits das Modell der Persönlichkeit, die nach dem Ersten Weltkrieg laut seiner Herkunft zu den „alten“ Eliten gehörte (Adel, Armee), die vor 1914 die entscheidende Rolle in Mitteleuropa spielten. Andererseits beweist uns die Lebensgeschichte von Fürst Starhemberg die Anpassungsbemühungen an die neuen Bedingungen in der Nachkriegszeit und vor allem die Widersprüche der Zwischenkriegsepoche des 20. Jahrhunderts. Fürst Starhemberg gehörte eindeutig zu denen, die in der Opposition zum System von Versailles waren (Starhemberg 1971). Er stellt eine Persönlichkeit dar, welche die gesellschaftlichen, demokratischen und sozialen Veränderungen, welche das Jahr 1918 gebracht hat, nicht akzeptieren wollte und wegen seiner politischen und psychologischen Einstellung nicht in der Lage war, dies zu akzeptieren.

Fürst Starhemberg spielte eine schwerwiegende Rolle bei der Zerstörung der österreichischen Demokratie 1933–34. Gleichzeitig setzte er sich maßgebend für die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit im ersten Konflikt mit dem nationalsozialistischen Dritten Reich und der österreichischen NSDAP. Seine Heimwehrbewegung in Österreich wird vom Teil der Historiker als „Konkurrenzfaschismus“ bezeichnet (Kerekes 1966). Daraus ergeben sich folglich zwei entscheidende Thesen: Starhemberg als 1. Antidemokrat und 2. Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, laut denen Starhemberg als Person historisch bewertet werden kann. Zunächst im ersten Teil der Studie setzen wir uns mit seiner Rolle bei der Errichtung der österreichischen autoritären Dollfuß-Regierung auseinander. Dabei werden sowohl die allgemeinen Krisenmerkmale der Republik als auch die durch die Heimwehr bedingten Voraussetzungen berücksichtigt. Im zweiten Teil der Betrachtung, schon während der Periode 1933–34, wird auch das Thema des Nationalsozialismus behandelt. Die entscheidende Fragestellung dabei wird, in welchem Maße Fürst E. R. Starhemberg als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus bezeichnet werden kann. Es gab nämlich auch regelmäßig Initiativen einzelner Heimwehrführer (auch Starhemberg), die dazu führen sollten, dass bei der Beibehaltung der österreichischen Unabhängigkeit zu einem Arrangement mit den Nationalsozialisten kommt.

2. Demokratiekrise in Österreich (zur Begriffsbestimmung und Interpretation)

Die Ursachen des Scheiterns der Demokratie in Österreich hatten langfristige Wurzeln sowohl im ökonomischen und sozialen Bereich als auch in der innenpolitischen Polarisierung und ideologischen Gegensätzen. Die außenpolitischen Ausgangsbedingungen

der Ersten österreichischen Republik und die schwierige Lage dieses Alpenlandes in den Jahren 1932–34 trugen natürlich zur Konstituierung der autoritären Regierungsform bei. Im Zeitraum 1932–1934 haben die treibenden Kräfte in der Regierungskoalition, der rechte Flügel der Christlichsozialen Partei und die Heimwehrbewegung, eine verhängnisvolle innenpolitische Veränderung bewirkt (Jeřábek 2004). Dies führte zur Errichtung einer autoritären Regierungsform und zum Bürgerkrieg am 12. Februar 1934.¹

Der Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, dem Ernst Rüdiger Starhemberg der wichtigste Verbündete war, verfolgte zwei politische Ziele: die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit und die Fortsetzung des bisherigen konservativen Regierungskurses in der Tradition von Ignaz Seipel (Klemperer 1976). Dies hatte sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Auswirkungen, die dann seine Regierungspolitik beeinflusst haben. Die entscheidenden Schritte für die politische Entwicklung von der Demokratie zum „autoritären Ständestaat“ fanden in der Übergangsphase vom 4. März 1933 bis zum 12. Februar 1934 statt (Tálos und Manoschek 1988).

Die Handlungsalternativen der einzelnen Akteure (Regierung kontra sozialdemokratische Opposition) nach der „Ausschaltung des Parlaments“ am 4. März 1933 als auch der Charakter des in dieser Zeit etablierten Herrschaftssystems wurden zum Gegenstand historischer Kontroversen. Dabei ist die Frage nach der Rolle der Regierung Dollfuß von besonderer Bedeutung. Die historischen Erklärungsversuche reichten von apologetischen Darstellungen (der englische Biograph G. Shepherd, Shepherd 1961) bis zu den kritischen Betrachtungen von Julius Braunthal, Otto Bauer oder Charles Gulick (Braunthal 1948, Bauer 1934, Gulick 1976).² Im Jahre 1966 kam mit der „Konkurrenzfaschismus-These“ (gegenüber dem Nationalsozialismus) von Lajos Kerekes ein Anstoß für die Erforschung der außenpolitischen Einflußfaktoren, wobei er die Aktivitäten von Ungarn und Italien in Bezug auf Österreich untersuchte (zur Außenpolitik Kerekes 1966, Binder 1979, Ross 1966, neuere Auffassung Stuhlpfarrer 1988).

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre kam es zur Wende in der Geschichtsschreibung zu einer neuen kritischen Interpretation der Ursachen und der Anfänge der Dollfuß-Diktatur. Es wurde die Rolle der einzelnen Akteure der autoritären Regierungspolitik untersucht: die Rolle der Christlichsozialen Partei (Staudinger 1975); der hohen Bürokratie am Beispiel vom Sektionschef R. Hecht (Huemer 1975), die Rolle des Bundespräsidenten W. Miklas (Lang 1972), der Kirche (Weinzierl 1983) und der Person E. Dollfuß (Jagschitz 1967). Auch zahlreiche neuere Quellenpublikationen beleuchten

1) Dies beweist z. B. die Rede von ehemaligem Bundeskanzler Viktor Klima am 12. Februar 1999 anlässlich des Jahrestages der Februarkämpfe.

2) Klassisches Werk von Ch. Gulick „Austria. From Habsburg to Hitler“.

die Vorgänge der Regierung Dollfuß, z. B. die Ministerratsprotokolle oder die Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei.³

Gleichfalls wurde die alte Auffassung, daß der „Ständestaat“ primär das Resultat italienisch-faschistischer Interessenpolitik im Donauraum darstellt (Jedlicka 1975), korrigiert und neue Akzente auf Untersuchung der österreichischen Innenpolitik gelegt. Emmerich Tálos war der Auffassung, daß die Zerstörung der Demokratie weder ein Resultat des von Mussolini (Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß, 1949) ausgeübten Druckes noch das Ergebnis des Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus war (Tálos 1988, 357). Die außenpolitischen Faktoren haben den Entwicklungslauf zur autoritären Regierungsform aber nur begünstigt.

E. Tálos, W. Goldinger und G. Botz betrachten die Entwicklung in Österreich seit 4. März 1933 als einen Verfassungsbruch der Regierung (Goldinger und Binder 1992). Nach dieser Auffassung wurde das Parlament planmäßig ausgeschaltet und einen „Staatsstreich auf Raten“ (Huemer 1975) in Gang gesetzt.⁴ Demgegenüber betonen Ulrich Kluge, Franz Goldner oder vor allem Ernst Nolte die prekäre verfassungspolitische Lage Österreichs, die katastrophale wirtschaftliche Lage und die Rolle der nationalsozialistischen Gefahr (Kluge 1984, Goldner 1979, Nolte 1971).

Zum zentralen Thema der „Faschismuskussion“ bezüglich des Dollfuß-Regimes wurde die Frage nach den faschistischen Merkmalen des „autoritären Ständestaates“. Dies bedeutete auch die Betrachtung des Einflusses von E. R. Starhemberg und der Druck der Heimwehren auf die Regierung im Sinne einer Faschisierung Österreichs. Dies war auch für die begriffliche Bestimmung der neuen autoritären Staatsform in Österreich seit 1934 maßgeblich: L. Kerekes – faschistischer Ständestaat (Kerekes 1966); K. J. Siegfried – Klerikalfaschismus (Siegfried 1979); Ch. Gulick und E. Tálos – Austrofaschismus (Tálos 1988); G. Botz – halbfaschistisch-autoritäre Diktatur (Botz 1982). Laut Ernst Nolte kann „die Verbindung des politischen Katholizismus mit dem Heimwehrextrémismus den Faschismus-Begriff nicht erfüllen“ (Nolte 1966, 256). Mit der Heimwehr war diesmal der regierungstreue Flügel unter Starhemberg gemeint. Karl Dietrich Bracher betonte die scharfe Trennung zwischen den totalitären (revolutionäre Ideologie und Staatspartei) und autoritativen Regimen (Bracher 1990, 9). R. Kühnl demgegenüber bezeichnete die Heimwehr als „Stoßtruppfaschismus“, aber das Regime in Österreich unter Dollfuß er als eine „Grenzerscheinung“ in der Typologie der autoritärer Regime (Kühnl 1990, 267).

3) *Quellensammlung: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII., Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. Band 2–4, Neck R., Wandruszka A. (Hg.), Wien 1983, 1984.*

4) *Die These von der „Selbstausschaltung“ des Nationalrats am 4. März 1933 erwies sich im Hinblick auf die neuen Aktenfunde als nicht haltbar.*

Die autoritären Tendenzen in Österreich hatten ihre strukturellen Wurzeln in der ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Ersten Republik. Deshalb wird in der folgenden Untersuchung eine Gliederung auf diese Problembereiche vorgenommen. Dabei wird die Rolle der Person Starhemberg im Kontext der Ersten Republik berücksichtigt.

3. E. R. Starhemberg und die Grundlagen der Republik

Ernst Rüdiger war der älteste Sohn des Fürsten Starhemberg und Franziska Gräfin Larisch von Moennich. Seine Mutter war nach dem Ersten Weltkrieg Präsidentin der katholischen Frauenorganisation Österreichs (Britz 1993, 20). Der junge Starhemberg diente als Rekrut im Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch der Donaumonarchie war für Starhemberg persönlich eine Katastrophe.

Das Fundament der Republik bildete 1919 die „Arbeitsgemeinschaft der großen Parteien“ (K. Renner) – der SDAP und der Christlichsozialen Partei. Aus der deutschnational-liberalen Richtung, die das dritte entscheidende politische Lager in Österreich darstellte, bildete sich die Großdeutsche Volkspartei. Die Grundlegung der Verfassung im Jahre 1920 bestimmte Österreich als eine Demokratie mit der dominierenden Rolle des Parlaments und relativ schwacher Exekutive.

Obwohl alle drei politischen Lager für den Anschluß Österreichs an Deutschland eintraten, war dies durch den Art. 88 des Friedensvertrages von Saint Germain vom 10. September 1919 ausdrücklich verboten. Die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 sicherten eine internationale Anleihe zur Sanierung der österreichischen Wirtschaft. Die Regierung mußte sich allerdings erneut zur Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit verpflichten. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Tatsache der Zerstörung des zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes der Habsburgermonarchie glaubten die maßgeblichen politischen Kräfte nicht an die „Lebensfähigkeit“ des kleinen Österreichs.

Die Verfassungsordnung bildete kein dauerhafter Kompromiß, die Präsidialgewalt und die Exekutive wurden schließlich durch die Verfassungsrevision von 1929 aufgewertet. 1920 kam es zum Bruch der „rot-schwarzen“ Koalition. Seit 1922 regierte eine bürgerliche Koalition unter Ignaz Seipel. Sie trat für einen schrittweisen Abbau der in der „revolutionären“ Umbruchperiode nach 1918 festgelegten Sozialordnung der Republik ein. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die den „Austromarxismus“ repräsentierte, verhinderte eine Spaltung der Linke und stand in der ganzen Periode der Ersten Republik in der Opposition. Die sozialdemokratisch regierte Gemeinde Wien (Bürgermeister K. Seitz) und der im Jahre 1923 gegründete Republikanische Schutzbund (unter Führung von J. Deutsch) waren ein Ausdruck der bedeutenden Position der Sozialdemokratie. In den Nationalratswahlen im Jahre 1930 erhielt die SDAP noch über 41 % der Wählerstimmen.

Für den jungen Fürsten Starhemberg bedeutete die Republik den Verlust seiner gesellschaftlichen Stellung. Sowohl der Adel als auch die Armee standen in der Opposition gegen das republikanische System der Ersten Republik. Nachdem er das Studium in Innsbruck verließ, meldete er sich freiwillig in die Freikorps und nahm an den Kämpfen in Oberschlesien im Jahre 1921 (Annabergschlacht) teil. Im November 1923 stand es in München beim Marsch auf Feldherrnhalle „einige hundert Meter“ hinter der ersten Reihe, in der sich Hitler und Luddendorf befanden (Britz 1993, 22). In seiner späteren politischen Karriere (seit 1927 in der Heimwehr) wird er diese Erfahrung nutzen, vor allem die Kenntnis der Mentalität der Nationalsozialisten und der NSDAP-Methoden im politischen Kampf.

4. Die ideologischen Gegensätze

Die paramilitärische Heimwehrbewegung (ursprünglich als Selbstschutzverbände) war partikularistisch und hatte keine einheitliche Basis (näher zur Heimwehr die Autoren Wiltshchegg 1985, Edmondson 1978, Britz 1993). Die Führer der Bewegung stellten ehemalige Offiziere (E. Fey), mittelständische Akademiker (W. Pfrimer, R. Steidle) und Aristokraten (Fürst E. R. Starhemberg) dar. Auch die Ideologie war uneinheitlich. Das Gedankengut der Heimwehren wurde von der Lehre von Othmar Spann (näher zum hierarchischen „Ständestaat“ Spann 1921), vom italienischen Faschismus und vom großdeutschen Nationalismus (vor allem der nationale Flügel „Steierischer Heimatschutz“, näher Pauley 1972) beeinflusst. Ideologisch verband dieser konservative Extremismus archaische und gleichzeitig moderne Elemente. Die Heimwehr könnte man als eine ländlich-aristokratisch-bäuerliche Bewegung bezeichnen. Gemeinsam allen Gruppierungen der Heimwehren war der Antimarxismus.

Die Heimwehren stellten eine konkurrierende Bewegung zur NSDAP. Der Aufstieg der Heimwehren erreichte seinen Höhepunkt (im Vergleich zum Nationalsozialismus) noch vor der Weltwirtschaftskrise nach den Ereignissen vom 15. Juli 1927 (Justizpalastbrand). Der sog. Korneuburger Eid vom 18. Juni 1930 stellt eine Komprimierung der antidemokratischen Tendenzen der 20er Jahre: *„Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! [...] Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung“* (Kerekes 1966, 71).

Gravierende ideologische Unterschiede gab es auch zwischen den Sozialdemokraten (Antiklerikalismus) und den Christlichsozialen (Antisozialismus). Das Linzer Programm der SDAP von 1926 beinhaltet zum Beispiel die Ablehnung der konfessionellen Schule (Religion als Privatsache). Die Sozialdemokraten betrieben eine Propaganda für die Kirchengaustritte. Diese Gegensätze in den religiösen Fragen entwickelten sich zum brisanten Konfliktpotential zwischen dem „politischen Katholizismus“ (Hanisch 1977) und dem Austromarxismus. Die Kirche bot dem „christlichen Ständestaat“ moralische Unterstützung und geistigen Beistand. Schon im April 1933

erklärte Kardinal Theodor Innitzer: *„Hinter einer solchen Regierung müssen wir uns geschlossen stellen.“*⁵

Neben dem korporativen Gesellschaftsmodell von O. Spann (Der wahre Staat) stellte die universalistische katholische Soziallehre der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931 eine Alternative zur demokratischen Republik. Die Demokratie wurde in diesem Sinne aus den Regierungspositionen kritisiert. Ignaz Seipel kritisierte beispielsweise in seiner Tübinger Rede die „Parteiherrschaft“ und prägte den Begriff der „wahren Demokratie“.

Die ideologischen Gegensätze waren nicht die entscheidende Treibkraft des Veränderungsprozesses von der Demokratie zum autoritären Regime. Sie haben allerdings dazu beigetragen, daß die vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Konflikte nicht auf der Basis der Proporzdemokratie ausgetragen werden konnten und zu einem existenziellen Kampf eskalierten (vgl. Schausberger 1993). Die Heimwehrbewegung unter E. R. Starhemberg, der 1930 zum Bundesführer des Heimmatschutzes gewählt wurde, sollte im Jahre 1933 neben Dollfuss im Mittelpunkt der Ereignisse stehen.

5. Die ökonomischen Ursachen der Demokratiekrise

Obwohl die Wirtschaft nicht der entscheidende Faktor war, der zur politischen Teilhabe der Heimwehr führte, beeinflusste die wirtschaftliche Notlage der Republik seit Anfang der Weltwirtschaftskrise die innere Politik. Der unmittelbare Ausgangspunkt für den politischen Transformationsprozeß war das Zusammenfallen von ökonomischer und politischer Krise in den Jahren 1931–32. Die strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme waren langfristig gesehen die wichtigsten Ursachen der Konflikte zwischen dem bürgerlichen Lager und der Sozialdemokratie (SDAP).

Die Auswirkungen des Krieges, der Verlust der bedeutenden gesellschaftlichen Stellung und die Inflation bis 1922 hatten sowohl materielle als auch psychologische Auswirkungen auf das österreichische Bürgertum (Bruckmüller 1993, 73). Die Krise belebte einerseits die antimarxistischen Akzente, andererseits die Vorbehalte gegen den demokratischen Parlamentarismus im Bürgertum. Nicht zufällig kamen die Heimwehrführer R. Steidle und W. Pfrimer aus dem Mittelstand (vgl. Lewis 1990).

Der österreichische Außenhandel erreichte den Höhepunkt im Jahre 1929, während der Wirtschaftskrise schrumpfte er auf 35 % des Niveaus von 1929. Im Mai 1931 brach die größte österreichische Bank „Boden-Credit-Anstalt“ zusammen. Die wirtschaftlichen Sparmaßnahmen des Staates wurden mit dem sog. Budgetsanierungsgesetz vom Oktober 1931 eingeleitet (Weber 1984).⁶ Gleichzeitig versuchte die

5) Wiener Zeitung, 4. April 1933.

6) Vor allem die Beamten wurden von Lohnkürzungen betroffen.

Regierung, eine Anleihe des Völkerbundes zu bekommen.⁷ Die sog. Lausanner Anleihe bekam Österreich erst im Sommer 1932 unter der Regierung Dollfuß. Die Verknüpfung der Anleihefrage mit dem Anschlußverbot war allerdings ein Hindernis für die Großdeutsche Volkspartei, die die langjährige Koalition mit den Christlichsozialen beendete. Damit verlor im April 1932 die bürgerliche Regierungskoalition die Parlamentsmehrheit. Die Anleihe bedeutete die Einführung der ausländischen Kontrolle der österreichischen Finanzen (Völkerbundkommissar Rost van Tonningen) und eine harte Deflationspolitik mit verheerenden Folgen auf den Arbeitsmarkt (die Arbeitslosenquote 1933 rund 37 %). In dieser Situation wartete die Heimwehr, die seit 1930 politisch zurückging, auf die Gelegenheit, in die Regierung zu kommen. Vor aller der Heimwehrflügel (Oberösterreich, Tirol, Voralberg), der E. R. Starhemberg unterstand, fürchtete der Tatsache, dass die Heimwehrbewegung langfristig schrittweise politisch bedeutungslos wird.

Die entscheidende Frage im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise war, wie die Lasten der finanzpolitischen Sanierungsmaßnahmen verteilt werden.⁸ Der Hauptverband der Industrie forderte den Abbau der Sozialpolitik und der Lohnkosten (Haas 1978). Die Sozialdemokratie wollte ein Mindestmaß an sozialen Errungenschaften erhalten. Nach den Auffassungen der Industrie waren die Krisenlösungskonzepte gegen die Opposition der SDAP im Rahmen der parlamentarischen Demokratie undurchsetzbar. Fraglich ist vor diesem Hintergrund, ob in Österreich alle Verhandlungschancen zwischen der Arbeiterschaft, Industrie und der Regierung ausgeschöpft wurden.

Die Industrie forderte schon im Januar 1932 ein „Regime aufgrund erweiterter Vollmachten“ (nach dem Vorbild des deutschen Präsidialregimes). R. v. Tonningen notierte 1932 in seinem Tagebuch: *„Zusammen mit Kanzler und V. Kienböck (Präsident der Nationalbank) haben wir die Ausschaltung des Parlaments für notwendig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte“* (vgl. Jeřábek 2004, 67). Dollfuß konnte nach 4. März 1933 sicher sein, daß Weg der Notverordnungen mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus 1917 die Unterstützung der Industrie findet. Der autoritäre Regierungskurs, den K. Bachinger als „Finanzdiktatur“ bezeichnet, hatte wichtige Wurzeln in den wirtschaftlichen Problemen (Bachinger 1990).

7) Es wurden auch andere Möglichkeiten zur Lösung der Wirtschaftskrise erwogen. Das Projekt einer Zollunion mit Deutschland scheiterte 1931. Es wurde auch ein Plan des französischen Premierministers A. Tardieu (Tardieu-Plan einer zentraleuropäischen Wirtschaftsunion) diskutiert. In diesem Zusammenhang ist auf die gesamten politischen Veränderungsprozesse in Europa hinzuweisen. Die autoritären Tendenzen und die gründlichen Reformen der verfassungsrechtlichen Einrichtungen (Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Deutschland, Italien) stehen in engem Zusammenhang mit der sozialen und ökonomischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit 1918–1938.

8) Zur industriellen Interessenpolitik ausführlich Karl Haas.

6. E. R. Starhemberg und die Rolle der Heimwehr in der politischen Entwicklung (1930–1932)

Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts boten sich für die Regierung zwei Möglichkeiten an, wie die ökonomische Krise politisch begegnet werden konnte. Entweder den großen Konsens der Proporzdemokratie von 1920 neu zu etablieren oder eine Notstandsdictatur gegen oder ohne die Sozialdemokratie zu riskieren. Solange die bürgerliche Koalition der Christlichsozialen mit den Großdeutschen funktionierte, wurden die Stimmen der Abgeordneten des Heimatblocks (politische Partei der Heimwehren seit 1930) im Nationalrat nicht gebraucht. Allerdings schon am Ende der 1920er Jahre sahen die christlichsozialen Politiker in den bewaffneten Truppen der Heimwehren eine Gegengewicht gegenüber dem Republikanischen Schutzbund (die Miliz der sozialdemokratischen Partei).

Die Heimwehren wurden nach dem „unkontrollierbaren Ausbruch der Arbeitermassen“ am 15. Juli 1927 von der Regierung Seipel und den bürgerlichen Schichten als die Kraft betrachtet, die der organisierten Arbeiterbewegung entgegentreten kann. Die seit 1928 von Italien und Ungarn finanziell unterstützten Heimwehren hofften auf eine „Neuordnung“ des Staates im autoritativ-ständischen Sinne (vgl. Schneeberger 1989). Die Verfassungsreform von 1929 wurde allerdings gegen die außerparlamentarische Initiative der Heimwehren als ein Kompromiß zwischen J. Schober und dem sozialdemokratischen Führer R. Danneberg auf der parlamentarischen Ebene ausgehandelt. Die Verfassungsrevision bedeutete eine Verstärkung der Exekutive. Das radikal parlamentarische System änderte sich hin zu einer parlamentarischen Republik mit der starken Stellung des Bundespräsidenten (Direktwahl, Oberbefehlshaber des Bundesheeres, Notverordnungsrecht). Im Jahre 1929 waren die Heimwehren keine einheitliche Bewegung. Die Aktivitäten der Heimwehr reichten nicht aus, die Verfassungsreform zu beeinflussen. Dass der junge Adlige E. R. Starhemberg 1930 überraschend zum Bundesführer der Heimwehren gewählt wurde, änderte an dieser Tatsache nichts. Die Heimwehr blieb uneinheitlich. In der Steiermark agierte der Steierische Heimatschutz unter W. Pfrimer, die Wiener Heimwehr kommandierte E. Fey. Der Starhembergsflügel der Bewegung stand allerdings nahe der christlichsozialen Regierung (zur Entwicklung der Heimwehrbewegung näher Wiltschegg 1985).

Am Anfang der 1930er Jahre sahen die Christlichsozialen, dass die Wirtschaftskrise schwer zu bewältigen ist. Der Teil der Führung der Partei spielte deshalb mit dem Gedanken, die Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung einzubeziehen. Das „angebliche Koalitionsangebot“ I. Seipels im Sommer 1931 hat die SDAP allerdings abgelehnt (Staudinger 1984). Für die Führung der SDAP war es vor der eigenen Parteibasis unververtretbar, die sozialen Kosten der Sanierung in einer Konzentrationsregierung mitzutragen. Gleichzeitig zeichneten sich zunehmend autoritäre Tendenzen in der Christlichsozialen Partei ab. Die neue Generation in der Partei (K. v. Schuschnigg, E. Dollfuß, O. Ender, R. Schmitz; alte C. Vaugoin) betrachtete eine „berufsständische“ Gesellschaftsordnung im Sinne der Enzyklika „Quadragesimo

anno" als eine mögliche Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Durch den Verlust von 7 Mandaten in den Nationalratswahlen im Jahre 1930 (die Christlichsozialen 66 und die SDAP 71 Mandate) wurde diese Tendenz gestärkt (Jeřábek 2004, 32). Zu der Zeit war eine langfristige politische Zusammenarbeit mit den Heimwehren, obwohl zwei Heimwehrminister an der Regierung Vaugoin 1930 kurz teilnahmen, noch nicht vorgesehen.

7. Die Heimwehr in der Regierung Dollfuss

Im Mai 1932 wurde nach dem Zerfall der Regierungskoalition eine wesentliche Chance für einen Kompromiß zwischen den Christlichsozialen und der SDAP nicht genutzt. Fraglich ist einerseits, ob die kumulierten Krisensituationen für die Sozialdemokratische Partei überhaupt einen die Substanz der Arbeiterbewegung erhaltenden Ausweg boten. Andererseits ist zu betonen, daß sieben von acht Credit-Anstalt-Gesetzen im Nationalrat mit den Stimmen der Sozialdemokratie passierten.

Die Großdeutschen waren 1932 nicht imstande, den weiteren Sanierungsmaßnahmen auf Kosten angestellter und beamteter Mittelschichten und vor allem dem Anschlußverbot von Lausanne zuzustimmen. Dies waren auch die Hauptgründe für den Austritt der Großdeutschen aus der Regierungskoalition. Eine neue Lage entstand im Frühling 1932. Die Landtagswahlen vom 24. April 1932 in Niederösterreich, Salzburg und Wien mit den Stimmengewinnen der NSDAP im Durchschnitt von 16 % markierten eine Wende in der politischen Entwicklung der Ersten Republik. Auf das deutschnationale Lager hatte der Nationalsozialismus eine „Sogwirkung“, auch die Christlichsoziale Partei fürchtete seit April 1932 einer Wahlniederlage. Nach den neueren Forschungen von E. Hanisch war allerdings das Wählerpotential der Christlichsozialen in der Provinz stabil, nur in Wien erlitt die Christlichsoziale Partei starke Stimmenverluste (Hanisch 1994). Erst in dieser Konstellation kam am 20. Mai 1932 die Koalition vom politischen Katholizismus, Landbund und Heimatblock (die Partei der Heimwehr seit 1930 mit acht Abgeordneten im Nationalrat) unter E. Dollfuß zustande. Ein Teil der Heimwehren tritt auf die Starhemberts-Initiative in die Regierung ein. Die Koalition trotzde besaß eine prekäre parlamentarische Mehrheit von 83 gegen 82 der Stimmen der Opposition. Für die Heimwehr (Bundesführer Fürst E. R. Starhemberg), die seit 1929 im Niedergang war, war die Regierungsbeteiligung die letzte Möglichkeit, an der staatlichen Politik mitzuwirken. Die Christlichsoziale Partei wollte nach dem Austritt der Großdeutschen Volkspartei eine bürgerliche Regierungskoalition behalten und suchte nach Koalitionspartner. Die Heimwehr bot sich an. Damit war der Weg zu den autoritativen politischen Lösungen beschleunigt.

Es gab drei Stationen auf dem Weg zum Verfassungsbruch. 1) Es war die Notverordnung vom 1. Oktober 1932 betreffend Haftung der für den Zusammenbruch der Credit-Anstalt verantwortlichen Funktionäre. Dies war laut P. Huemer ein Versuchsballon für die Realisierungschancen einer autoritären Politik. 2) Die „Ausschaltung des

Parlaments“ am 4. März, bzw. die Verhinderung eines verfassungsrechtlich strittigen Versuches, das Wiederzusammentreten des Nationalrats am 15. März 1933 herbeizuführen. 3) Die Maßnahmen gegen die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichtshofes, die am 27. Mai 1933 zu seiner Lahmlegung führten (Huemer 1975, 178).

In der ersten „parlamentarischen“ Periode der Regierung Dollfuss zwischen Mai 1932 und 4. März 1933 unterstützten die Heimatblock-Abgeordneten die Regierung im Nationalrat. Die Heimwehr brachte aber Dollfuss auch Probleme vor allem in der internationalen Öffentlichkeit, als sich der von Starhemberg organisierte Waffenschmuggel (aus Italien nach Ungarn und zu den Heimwehren) im Januar 1933 zur Hirtenberger Waffenaffäre ausweitete. Die Dollfuss-Regierung wurde damit in den Augen der Entente als unzuverlässiger Partner angesehen. Das Gewicht der Heimwehr stieg jedoch nach der autoritativen Wende, als Dollfuss die parlamentarische Mehrheit nicht mehr brauchte. Die freiwilligen Verbände in der Form der Heimwehrtruppen (neben dem Bundesheer) wurden zur militärischen Basis der Regierung.

Der Bundeskanzler Dollfuß weitete im März 1933 eine eher marginale Geschäftsordnungslücke des Nationalrats (den in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen Abtritt der drei Nationalratspräsidenten K. Renner, R. Ramek, S. Straffner am 4. März 1933) zur Fundamentalkrise des österreichischen Parlamentarismus aus. Die Rechtsgrundlage für die seit dem 7. März 1933 erlassenen Verordnungen bildete das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom 24. Juli 1917. Der rechte Flügel der Christlichsozialen Partei und der Bundespräsident W. Miklas unterstützten den Bundeskanzler in seinen Zielsetzungen: keine Neuwahlen, strenge Presselenkung und keine Reaktivierung der Parlamentstätigkeit.

Es ist umstritten, ob Dollfuß von Anfang an seiner Kanzlerschaft eine autoritative Wende angestrebt hat. Ch. Gulick und L. Kerekes verneinen die Intentionalität des Verfassungsbruchs (Kerekes 1966). Eine Gegenposition vertreten P. Huemer (Staatsstreich auf Raten), E. Weinzierl und A. Staudinger, die von planmäßiger Absicht des Bundeskanzlers ausgehen (Staudinger 1975, 72).

8. Der Kampf um die österreichische Unabhängigkeit

Die autoritative Wende im März 1933 in Österreich brachte auch neue Lage im Verhältnis von E. Dollfuss und Heimwehr. Die Parteien verloren ihre parlamentarische Basis und die Bedeutung der Heimwehrtruppen wuchs folglich an. E. R. Starhemberg stellte sich im Konflikt mit dem Nationalsozialismus (einerseits innenpolitisch mit den österreichischen Nationalsozialisten, andererseits aussenpolitisch mit dem Dritten Reich), der im Mai 1933 offen ausbrach, bedingungslos hinter die Regierung Dollfuss. Worin lag diese Entschlossenheit von E. R. Starhemberg, wenn es noch zwischen 1930–32 mehrmals im Kontakt mit den nationalsozialistischen Führern war. Im Juli 1930 führte Starhemberg Gespräche mit Hitler, Göring und Strasser. Weiterhin verhandelte Theo Habicht als Hitlers Bevollmächtigter für Österreich mit Starhemberg,

seit dem Wahlerfolg der NSDAP in Österreich im April 1932 ließ aber sein Interesse an der Zusammenarbeit weiter sinken. Habicht sah in Starhemberg keinen gleichberechtigten Partner (Jagschitz 1976, 55).

Diese Kontakte des Fürsten zu den Nationalsozialisten sprechen für beide Argumentationen, sowohl für den Widerstand gegen die NSDAP als auch für gewisse ideologische Annäherung. Starhemberg war noch im April 1932, also vor dem Eintritt in die Regierung Dollfuss, bei Hitler in Berlin. Er versuchte ihn zu überzeugen: „Lassen Sie doch Österreich den Österreichern [...] überlassen Sie es den Heimwehren, ein neues vaterländisches und im gesunden Sinn nationales Österreich zu schaffen. Österreich wird immer das engste Einvernehmen mit einer nationalen Regierung des Deutschen Reiches herstellen“ (Memoiren 1971, zur Interpretation Britz 1993, 33). Für Hitler war Österreich sowohl aus geostrategischen als auch ideologischen Gründen von zentraler Bedeutung. Obwohl die NSDAP-Hitlerbewegung bei den Nationalratswahlen im Jahre 1930 kein Mandat errungen hatte, erwartete Hitler, dass die Nationalsozialisten auf dem legalen Weg an die Macht kommen. Dabei sollten sie die verachteten Institutionen der parlamentarischen Demokratie nutzen (Kindermann 1984, 35). Die Hoffnung, über die Wahlen an die Macht zu kommen, kam aber bald zu Ende, als Dollfuss im Frühling 1933 das Parlament ausschaltete.

Starhembergs Einstellung zur NSDAP und die Zusammenarbeit mit E. Dollfuss, die folglich bis zum Tod von Bundeskanzler Dollfuss am 25. Juli 1934 andauerte, kristallisierte aus mehreren Wurzeln. Diese im Hinblick auf die Fragestellung unserer Betrachtung entscheidende Episode im Starhembergs Leben zeigt uns genau die wichtigsten Tatsachen, welche bei der Gesamtbewertung der Persönlichkeit zu berücksichtigen sind. Es steht fest, 1932 wendete sich Starhemberg von Hitler und den Nationalsozialismus endgültig ab.

Starhemberg kannte Hitler nicht nur persönlich aus seiner Zeit in München, sondern war mit den Methoden und der Mentalität der Nationalsozialisten vertraut. Starhemberg überzeugte Dollfuss, dass gegen den nationalsozialistischen Terror in Österreich ähnlich barbarische Methoden im politischen Kampf eingesetzt werden müssen. Dies erleichterte nicht die Situation der Regierung, die nun einen „Zweifrontenkampf“ leistete, sondern führte zur Radikalisierung des Konflikts. Die Heimwehr musste laut Starhemberg als dritte Kraft neben den „Roten“ und „Braunen“ den Kampf um die Straße aufnehmen und einen Damm gegen die Naziflut aufrichten (Britz 1993, 152f.). Dieser Trend begann mit einer großen Kundgebung im Schloss Schönbrunn im Mai 1933 bei der sog. Türkenbefreiungsfeier.⁹ Trotz der Gewaltmethoden, die Starhemberg gegen die Nazis als wirkungsvolles Vorgehen bevorzugte, ist auf dieser Stelle das klare Bekenntnis des Fürsten zu Österreich zu spüren. Starhemberg wurde neben Dollfuss

und Schuschnigg zum Befürworter der christlich-katholischen österreichischen Mission (vgl. Staudinger 1988, 287). Für Starhemberg waren am wichtigsten einige Elemente der „Österreich-Ideologie“: das klare Bekenntnis zur deutschen Nation, ständestaatlich orientierter Gedankengut, Antiparlamentarismus und Antiliberalismus, geschichtliche Verantwortung in Bezug auf das erbliche österreichische Kaisertum (vgl. Jeřábek 2004, 141). Dollfuss und Starhemberg wollten ein autonomes und souveränes Österreich, das eine „deutsche“ Sendung in Mitteleuropa erfüllt. Während Dollfuss noch in der Zeit seiner Kanzlerschaft mit den Nationalsozialisten über ein Kompromisfrieden verhandelte, Starhemberg war überzeugt, dass die NSDAP und Hitler sowohl militärisch als auch ideologisch bekämpft werden muss. Dabei sollte das „wahre Deutschtum“ (bessere Deutsche) in Form des Österreichertums bewahrt werden. Österreich sollte „ein Bollwerk“ gegen den „braunen Bolschewismus“ (Nationalsozialismus) werden und diesen Widerstandskampf im Dienste Europas durchzustehen (vgl. Staudinger 1988).

Die Regierungstreue von E. R. Starhemberg hatte auch seine praktischen Seiten. Die Heimwehr wurde zwischen 1927–1930 zur Massenbewegung von fast 300.000 Mann, nach 1930 befand sich aber Schritt für Schritt auf dem Rückgang, was den Einfluss und die Mitgliederzahl anging. Der Beitritt in die Regierung Dollfuss war eine einzige Chance, wieder in die Positionen und an die Gelder zu kommen (Starhemberg war massiv verschuldet). Starhemberg war ein guter Redner, hatte eine gewisse Ausstrahlung, die auf die Massen der Heimwehler sehr gut wirkte. Trotz seiner Einsatzfreudigkeit für „die Idee von Österreich“ war der Fürst Starhemberg für die Regierung ein unberechenbarer Partner. Er vermag nicht, wegen seiner wankelmütigen Persönlichkeit, eine durchgedachte einheitliche politische Linie der Regierung zu verfolgen. Aus mit Mussolini war Starhemberg im engen Kontakt. Einerseits brauchte Österreich eine starke aussenpolitische Rückendeckung im Konflikt mit dem Dritten Reich, andererseits hatte dies schwerwiegende innenpolitische Folgen. Daraus resultierte für die österreichische Bundesregierung noch zusätzlicher Druck, der Mussolini (beeinflusst von Starhemberg) auf Bundeskanzler Dollfuss ausübte. Duce verlangte beispielsweise Ende August 1933 von Dollfuss die Änderungen in der Regierungskoalition, und zwar die Entfernung der Landbündler Schumy und Winkler (Minister und Mitglieder des Landbundes) (Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß 1949, 36). Ihre Posten bekamen die Mitglieder der Heimwehr. Starhemberg wurde später seit Mai 1934 Vizekanzler in der Regierung Dollfuss. Nach dem Mord an Dollfuss 1934 zitiert Starhemberg in seinen Memoiren Mussolini: „Es ist sicher, dass der Reichskanzler Hitler Dollfuss ermorden ließ [...] sagte Mussolini [...] Er bezeigte den Nationalsozialismus als eine Revolution des altgermanischen Urwaldes gegen römisch-lateinische Zivilisation.“ (Starhemberg 1971, 202f.)

Die italienische Unterstützung dauerte allerdings nur bis in die Abbessinienkrise an und seit 1936 wandte sich Mussolini zu Hitler an. Dies führte zur Neuorientierung der österreichischen Aussenpolitik und zum Streit zwischen Starhemberg und Kurt von Schuschnigg, dem Nachfolger von Dollfuss im Kanzleramt seit Juli 1934. Starhemberg

⁹ Es war eine Feier anlässlich des 250. Jahrestages der Befreiung Wiens von den Türken.

wurde gezwungen, die Regierung zu verlassen und seit 1937 lebte er bis zum Beginn der Zweiten Weltkriegs in der Schweiz. Die Heimwehren wurden von der Regierung aufgelöst.

9. Fazit

Die offizielle Interpretation der Periode des sog. „Austrofaschismus“ nach 1945 sollte die Anfänge der Zweiten Republik erleichtern. In der ausführlichen gemeinsamen Dokumentation der ersten ÖVP und SPÖ Koalitionsregierung aus dem Jahre 1946, die als „Rot-Weiß-Rot-Buch“ bezeichnet wird, stand: „*Österreich hat der Aggressionspolitik Hitlers als erster Staat praktischen Widerstand geleistet, dies tat fünf Jahre lang als einziger Staat.*“ (vgl. Kindermann 1984, Dokumentation). Nach dieser Auffassung galt Österreich als Hitlers erste Opfer, sog. Opferthese – die Grundlage war die Moskauer Erklärung von 1943 (vgl. Jagschitz 1976). Aus diesem Gesichtspunkt war die Erhaltung der österreichischen Selbständigkeit das wichtigste Ergebnis der zweijährigen Regierungsperiode von E. Dollfuß.

E. R. Starhemberg war mit seinem Flügel der Heimwehr einer der wichtigsten Befürworter des politischen Kurses, der gegen das Hitler-Deutschland und den Nationalsozialismus in Österreich gerichtet war und auf einer unabdingbaren Unabhängigkeit Österreichs in den Jahre 1933–34 beharrte. Gleichzeitig war er ein problematischer Partner von Dollfuß, indem er (wie allerdings die anderen Heimwehrführer) auf die Faschisierung Österreichs im Sinne Mussolinis Italien drängte. Damit wurde der scharfe Konflikt mit der österreichischen Sozialdemokratie beschleunigt und die Situation führte zum Bürgerkrieg am 12. Februar 1934.

Benutzte Quellen

Gedruckte Quellen

Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934. Bericht der Historischen Kommission des Reichsführers SS. Wien 1984.
Die Reden des Vizekanzlers E. R. Starhemberg, Österreichischer Pressedienst (Hg.), Wien 1935.
Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß. Mit einem Vorwort von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf 1949, Erläuternder Text von Karl Hans Sailer, Anhang: Aus den Memoiren Starhembergs, erschienen 1942 in New York unter dem Titel: *Between Hitler and Mussolini*. Wien 1949.
Heimatschutz in Österreich, Herausgegeben unter Aufsicht des österreichischen Heimatschutzes, Amt des Bundesführers-Propagandastelle, Wien 1934.
Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII., Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. Band 2–4, Rudolf Neck und Adam Wandruszka (Hg.), Wien 1983, 1984.

Zeitungen

Wiener Zeitung

Literatur

BAUER, Otto (1934): *Der Aufstand der österreichischen Arbeiter*, Prag: Löcker & Wögenstein.
BACHINGER, Karl (1990): Die Wirtschaftspolitik der österreichischen Parteien 1918–1932. Anna M. Drabek und Richard Georg Plaschka und Helmut Rumpler (eds.): *Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit*, Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, S. 187–209.
BINDER, Dieter Anton (1979): *Dollfuß und Hitler. Über die Außenpolitik des autoritären Staates in den Jahren 1933–34*. Graz: Die Technische Universität in Graz.
BOTZ, Gerhard (1981): Soziale Basis und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich. *Jahrbuch für Zeitgeschichte*, S. 15–77.
BRACHER, Karl Dietrich (1990): Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäre Regime. Gerald Stourzh

und Brigitta Zaar (eds.): *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des Anschlusses vom März 1938*, Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, S. 1–28.
BRAUNTHAL, Julius (1948): *The Tragedy of Austria*. London: V. Gollancz.
BRITZ, Werner (1993): *Die Rolle des Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg bei der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit gegen das Dritte Reich*. Frankfurt am Main: P. Lang.
BRUCKMÜLLER, Ernst (1993): Das österreichische Bürgertum zwischen Monarchie und Republik. *Zeitgeschichte*, Jg. 20, Hf. 3–4, S. 60–83.
EDMONDSON, Clifton Earl (1978): *The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936*. Athens: University of Georgia Press.
GOLDINGER, Walter und BINDER, Dieter A. (1992): *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*. München: Oldenbourg Verlag.
GOLDNER, Franz (1979): *Dollfuß im Spiegel der US-Akten*. St. Pölten: Verlag Niederösterreichisches Pressehaus.
GULICK, Charles A. (1976): *Österreich von Habsburg zu Hitler*. Wien: Forum Verlag.
HAAS, Karl (1978): Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. *Jahrbuch für Zeitgeschichte*, S. 97–126.
HANISCH, Ernst (1977): *Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938*. Wien: Geyer.
HANISCH, Ernst (1994): *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert 1890–1990*. Wien: Ueberreuter.
HUEMER, Peter (1975): *Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie*. München: Oldenbourg.
JAGSCHITZ Gerhard (1967): *Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß. Ein Beitrag zur geistlich-politischen Situation der sogenannten „Kriegsgeneration“ des 1. Weltkrieges*. Diss., Wien: Universität Wien.
JAGSCHITZ, Gerhard (1976): *Der Putsch, die Nationalsozialisten 1934 in Österreich*. Graz: Verlag Styria.
JEDLICKA, Ludwig (1975): *Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zu der österreichischen Geschichte 1900–1975*. St. Pölten: Verlag Niederösterreichisches Pressehaus.
JEŘÁBEK, Martin (2004): *Konec demokracie v Rakousku 1932–1938. Politické, hospodářské a ideologické příčiny pádu demokracie*. Praha: Dokořán.
KEREKES, Lajos (1966): *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag.
KINDERMANN, Gottfried-Karl (1984): *Hitlers Niederlage in Österreich. NS-Putsch, Kanzlermord u. Österreichs Abwehrsieg 1934*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
KLEMPERER, Klemens von (1976): *Ignaz Seipel, Staatsmann einer Krisenzeit*. Graz, Wien: Styria.
KLUGE, Ulrich (1984): *Der österreichische Ständestaat 1934–38, Entstehung und Scheitern*. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
KÜHNEL, Reinhard (1990): *Faschismustheorien. Ein Leitfaden*, Heilbronn: Distel.
LEWIS, Jill (1990): Conservatives and fascists in Austria, 1918–34. Martin Blinkhorn (ed.): *Fascists and conservatives, the radical right and the establishment in twentieth-century Europe*. Cambridge: Unwin Hyman.
NOLTE, Ernst (1971): *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
PAULEY, Bruce F. (1972): *Hahnenschwanz und Hakenkreuz, der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934*. München, Zürich: Europa Verlag.
ROSS, Dieter (1966): *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934*, Hamburg: Leibnitz Verlag.
SCHAUSBERGER, Franz (1993): *Letzte Chance für die Demokratie, die Bildung der Regierung Dollfuß I im Mai 1932. Bruch der österreichischen Proporzdemokratie*. Wien, Köln, Weimar: Bohlau.
SIEGFRIED, Klaus-Jörg (1979): *Klerikalfaschismus. Zur Entstehung und sozialen Funktion des Dollfußregimes in Österreich. Ein Beitrag zur Faschismuskritik*. Frankfurt am Main: P. Lang.
SHEPHERD, Gordon (1961): *Engelbert Dollfuß*. Graz, Wien, Köln.
SCHNEEBERGER, Franziska (1989): Heimwehr und Bauern – ein Mythos. *Zeitgeschichte*, Jg. 16, Hf. 4, S. 135–145.
SCHUSCHNIGG, Kurt von (1947): *Requiem v červeno-bílo-červené*. Praha: Aventinum.
SPANN, Othmar (1921): *Der wahre Staat*. Leipzig: Verlag von Quelle und Meyer.
STARHEMBERG, Rüdiger Ernst (1971): *Memoiren*, Wien, München: Amalthea.
STAUDINGER, Anton (1975): Christlichsoziale Partei und die Errichtung des „autoritären Ständestaates“ in Österreich. Ludwig Jehlička und Rudolf Neck (eds.): *Vom Justizpalast zum Heldenplatz*. Wien: Österreichische Staatsdruckerie, S. 65–81.
STAUDINGER, Anton (1984): Konzentrationsregierung, Bürgerblock oder präsidiales Minderheitsregime? Zum angeblichen Koalitionsangebot Ignaz Seipels an die Sozialdemokratie im Juni 1931. *Zeitgeschichte*, Jg. 12, Hf. 1, S. 1–18.
STAUDINGER, Anton (1988): Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. Emmerich Tálos (ed.): *Austrofaschismus, Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 287–317.
TÁLOS, Emmerich (1988): Das Herrschaftssystem 1934–1938, Erklärung und begriffliche Bestimmungen.

Emmerich Tálos (ed.): *Austrofaschismus, Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 345–371.

TÁLOS, Emmerich und MANOSCHEK, Walter (1988): Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. Emmerich Tálos (ed.): *Austrofaschismus, Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 32–53.

WEBER, Fritz (1984): Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Demokratie in Österreich. Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur. Erich Fröschl und Helge Zoitl (eds.): *Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten am 28. Februar und 1. März 1984 in Wien*. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlungen, S. 37–67.

WEINZIERL, Erika (1983): Kirche und Politik. Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (eds.): *Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik*. Graz, Wien, Köln: Styria, S. 437–497.

WILTSCHEGG, Walter (1985): *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Summary

The article addresses two basic interpretations of Ernst Rüdiger Starhemberg, who was the leader of the Austrian Heimwehr movement and member of the cabinets of Engelbert Dollfuss and Kurt von Schuschnigg. The personality of Starhemberg is analysed in the context of the First Austrian Republic and the decline of democracy in Austria in the period 1933-34. The break with the parliamentary system led to the outbreak of civil war on February 12, 1934. The authoritarian regime of Engelbert Dollfuss was forced to confront the rise of Nazism and managed to endure its first diplomatic and terrorist offensives in 1933-1934. These two main historical facts document political position of E. R. Starhemberg: anti-Marxist and anti-Nacism.

In order to understand the activity of Starhemberg it is important to study the critical factors that influenced the economic crisis and than 1933 fall of the First Austrian Republic and the end of democracy. First of all, the two largest political camps in the republic, the Christian Social Party and the Social Democratic Party, came into sharp ideological conflict. For example the anti-Church propaganda of the Social Democrats was contributing to reinforce the criticism directed at the parliamentary system from the ranks of the conservatives. Also Heimwehr (since 1930 partly under leadership of Starhemberg) with a radical anti-Marxist position and bearing all the signs of a fascist movement had been steadily pushing for a change of the political system. The crisis of democracy that surfaced in Austria during the pre-war period had more causes: besides the ideological and political controversy the most important were the economic difficulties. Growing conflicts in the social sphere were exacerbated by the onset of an economic crisis in 1929. The government was then forced to devote efforts to putting the economy back on its feet. The industrial sector sought assistance in the authoritarian system through an expansion of the government's powers.

In the early 1930s it proved impossible to establish cooperation between the Christian Social government and the Social Democratic opposition. The final real chance at compromise was then lost when the government of Chancellor Engelbert Dollfuss was being set up in May 1932. However, even despite the participation of a part of the Heimwehr in the new government coalition (Starhemberg supported a direct cooperation of the Heimwehr in the Dollfuss' cabinet), at the outset of his time in power Chancellor Dollfuss tried to govern by democratic means. There is no controversy concerning Starhembergs primary political stance as antidemocratic. The Heimwehr helped to establish the authoritarian course of the Dollfuss' government after March 4, 1933. The Austrian parliament never reconvened, the Republikanischer Schutzbund, a militia organisation of the Social Democratic Party, was outlawed. The influence of the Heimwehr on the politics in Austria and personally that of E. R. Starhemberg rose. Nazism, whose power was growing quickly in both Germany and Austria at that time, was in Spring 1933 (after Hitler came in power in Germany) however unwilling to compromise. Dollfuss's government was forced to struggle for the independence of the country.

The second thesis, Starhemberg as a fighter against the Nazis, is more problematic. In spite of a partly common ideological means, mainly the anti-Marxism and

anti-Liberalism, Starhemberg clearly advocated the idea of an independent "Austrianism" as a "better" and untarnished Germanic identity. Starhemberg's Heimwehr decisively helped the Austrian government to successfully withstand the onslaught from Austrian Nazis and the pressure coming from the Third Reich in the critical time between spring 1933 and summer 1934. The government successfully withstood with a support of the Heimwehr the onslaught from the Austrian Nazis and the pressure coming from the Third Reich. The Italian dictator Mussolini provided foreign backing. From this perspective, the independence of Austria was maintained owing to the effort of Ernst Rüdiger Starhemberg and Chancellor Engelbert Dollfuß, who paid for it with his life in Summer 1934. At the same time, however, the authoritarian course that his government had led the country to civil war. A few months before the NSDAP coup in Vienna (July 25, 1934), in February 1934, the Social Democrats had also been put out of operation. The Heimwehr was the winner. But owing to weaknesses inside the regime, and insufficient support from abroad, in a long term, it did not succeed in posing a lasting barrier to the spread of Hitler's racism. With the Anschluss in 1938, Austria was annexed to the Third Reich.

Monika Punová a Pavel Navrátil

Resilience in Life and Work of Viktor Emanuel Frankl

Abstract

This paper focuses on one of the great men of the 20th century, who devoted his life to questions regarding the quest for the meaning of life. We portray the life and work of a man who was not spared a number of pains that reached beyond human capabilities, especially in the concentration camps, where he spent two and a half years. How did he face suffering, when it was extremely hard "to say yes to life"? Logotherapy and existential analysis (which he verified by his own drastical observations) give us answers to these and other questions. Both Frankl's life and a number of his works testify about a great resilience of the human spirit. It is this resilience we focus on in the following text. Our goal is to answer the question: "How did resilience manifest itself in life and work of V. E. Frankl?"

Key words: Frankl, Resilience, Logotherapy, Existential analysis, Freud, Adler

1. Introduction

"A century is ending that saw two world wars and a number of local wars. A century of a growing disrespect of men, a time period, during which people grew insensitive to the environment and to the conditions essential for sustainable life on this planet. Concentration camps and the suffering caused by them were followed by an even graver danger of a nuclear disaster, threats by fundamentalists of all kinds, and also dangers linked with a sphere that seemed to promise a nearly-miraculous intensification of life – the illusive